

Drei zentrale Ziele für ein starkes Bayern: Schulden tilgen, in Zukunftsbereiche nachhaltig investieren und Weltfinanzmärkte wirkungsvoll reformieren



DR. MARKUS SÖDER, MdL

Jeder Unternehmer weiß: Marktanteile müssen stets aufs Neue erkämpft werden. Wer sich zurücklehnt, wird überholt. Der globale Wettbewerb nimmt an Schärfe zu. Längst sind Volkswirtschaften wie China und Indien Konkurrenten bei qualifizierten Produkten und sichern sich immer mehr Ressourcen. Unsere Erfolge heute können also nur Ansporn sein. Die Schuldenkrise einiger Staaten mahnt jeden Tag, frühzeitig die Lehren für die Zukunft zu ziehen: Das gilt für die Unternehmen, noch mehr aber für die Politik. Nur eine starke heimische Industrie schafft ein tragfähiges Fundament für Arbeit und Wohlstand. Großbritannien hat dies verkannt und zu einseitig auf Finanzprodukte gesetzt.

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit müssen im Vordergrund stehen. Der bayerische Mittelstand hat darauf schon immer geachtet und der Erfolg gibt ihm recht. Nachhaltiges Wirtschaften, gesundes

Wachstum und zielgerichtete Investitionen in Innovation und Forschung bringen nicht immer den schnellen Euro. Sie führen aber zu einer stabilen und vor allem werthaltigen Entwicklung. Auf die Politik übertragen stehen dabei drei zentrale Ziele im Vordergrund:

GESTALTUNGSKRAFT OHNE SCHULDEN

Während andere Länder sich Jahr für Jahr trotz sprudelnder Steuereinnahmen immer noch hoch verschulden, hat der Freistaat Bayern mit seinem Haushalt ohne neue Schulden bereits frühzeitig das richtige finanzpolitische Signal gesetzt. Seit 2006 haben wir im allgemeinen Haushalt in jedem Jahr dieses Ziel erreicht. Hier bleiben wir aber nicht stehen! Wir wollen als erstes Land in Deutschland bis zum Jahr 2030 unsere Schulden vollständig abbauen.

Nichts ist nachhaltiger als Schuldentilgung. Schuldzinsen sind verlorenes Geld. Wir wollen unsere Kinder und Enkel von der heutigen Schuldenlast befreien. Mit den ersparten Zinsen entlasten wir unseren Staatshaushalt dauerhaft um über 1 Milliarde Euro pro Jahr. Dieses Geld werden wir gezielt investieren. Ein schuldenfreier Freistaat Bayern ab 2030 ist autark und selbständig. Durch einen vollständigen Schuldenabbau verschaffen wir Bayern einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil. So wird Bayern auch nicht zum Spielball der internationalen Finanzmärkte.

Der bayerische Nachtragshaushalt 2012 setzt weiter Maßstäbe für eine neue Stabilitätskultur in Deutschland und Europa. Er beweist, dass gezielte Schwerpunkte und eine solide Finanzpolitik keine Gegensätze sind. In konjunkturell guten Zeiten müssen wir für schlechtere Zeiten vorsorgen. Deshalb stärken wir die Rücklage.

Für den Schuldenabbau brauchen wir ein Gesamtkonzept mit klaren Tilgungsschritten. Das ist die zentrale Herausforderung der kommenden Jahre. Als ersten Schritt wollen wir die im Rahmen des Haushaltsabschlusses 2011 geplante Schuldentilgung in Höhe von 250 Millionen Euro auf bis zu 1 Milliarde Euro erhöhen. Das ist die größte Tilgung in der Geschichte des Freistaats Bayern.

Wir schaffen einen soliden finanzpolitischen Dreiklang: keine neuen Schulden, starke Rücklagen und Schuldentilgung.

INVESTIEREN IN BAYERN

Die Entwicklung Bayerns vom Agrarland zum Industriestaat und High-Tech-Standort zeigt: nur nachhaltiges Wachstum eröffnet die notwendigen finanziellen Spielräume. Bayern ist heute einer der innovativsten, produktivsten und attraktivsten Standorte weltweit – mit hohem Wohlstand und einer vorbildlichen Sozialstruktur. Damit das so bleibt, setzen wir auch weiterhin auf die richtigen Schwerpunkte in den Zukunftsbereichen wie Elektromobilität, Umwelttechnik, Energietechnik, Informations- und Kommunikationstechnik sowie High-Tech-Medizin. Zusammen mit dem Mut sowie den Ideen der bayerischen Unternehmen und der Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter kann Bayern als moderner Wissenschafts- und Forschungsstandort mit hoher Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit erhalten und vorangebracht werden.

Dazu trägt auch die Investitionsquote des Freistaats bei: Sie steigt mit dem Nachtragshaushalt 2012 auf 12 Prozent. Damit steht Bayern an der Spitze der Flächenländer West, vor Rheinland-Pfalz mit 10,4 Prozent und Hessen mit 9,4 Prozent. Die breit angelegte Strukturpolitik kommt durch regionale>>

>> Förderprogramme und gezielte Investitionen in die Infrastruktur vor allem dem ländlichen Raum zugute. Die Staatsregierung berücksichtigt die Regionen bei den staatlichen Zuweisungen besonders und setzt gerade auch im ländlichen Raum kräftige Impulse. Wir schaffen Perspektiven und Zukunft vor Ort. Eine Zukunft mit gleichwertigen Arbeits- und Lebensbedingungen in allen Landesteilen Bayerns – das war, ist und bleibt unser klarer Weg zum Erfolg.

Im Nachtragshaushalt 2012 setzen wir gezielte Schwerpunkte in den zentralen Bereichen Familie, Bildung, Innovation, Energie/Klima und demografischer Wandel. Zusätzliche 169 Millionen Euro für Familie und Bildung sind ein deutliches Signal. Die Energiewende und den Klimaschutz treiben wir mit 127 Millionen Euro voran. Für die Stärkung des ländlichen Raums sind 232 Millionen Euro vorgesehen. Mit all diesen Maßnahmen geben wir unserer Jugend die bestmöglichen Entwicklungschancen und stärken die Innovationskraft bayerischer Unternehmen.

„FAIR FINANCE“

Als starkes Exportland hat Bayern ein vitales Interesse an einer intakten Weltwirtschaft und stabilen Weltfinanzmärkten. Immer neue Krisen zeigen: Das angelsächsische Wirtschaftsmodell der unregulierten Märkte hat keine Zukunft und braucht einen grundlegenden Richtungswechsel. Wir müssen deshalb eine kontinentaleuropäische Finanzphilosophie dagegenstellen. Wir brauchen nicht nur wieder mehr Vertrauen an den Welt-Finanzmärkten, wir müssen vor allem das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherstellen. Dies geht nur durch klare Leitplanken und neue Regeln für die Finanzwirtschaft. Solides

und faires Finanzieren und nachhaltiges Wirtschaften müssen Maßstab sein.

Notwendig ist eine effektive Kontrolle aller Akteure, aller Produkte und aller Märkte; die Selbstregulierung der Märkte dagegen ist gescheitert. Finanzmarktakteure dürfen nicht über den Gesetzen stehen, sondern müssen möglichst weltweit einem einheitlichen Reglement unterworfen werden. Wir brauchen eine Brandmauer zwischen risikoreichen, gefährlichen Investmentgeschäften einerseits und dem realen, werthaltigen Mittelstandsgeschäft und der Verbraucher-kredite andererseits. In den letzten Jahren wurde unbestritten Wichtiges auf den Weg gebracht. Aber es fehlen noch große und mutige Schritte. Boni auf Höchststand zeugen nicht von der Einsicht einiger Akteure. Wir brauchen einen grundlegenden Wandel!

Anhebung der Standards für Regulierung und Aufsicht ist der richtige Weg. Gleichzeitig muss verhindert werden, dass die Handelnden Geschäftstätigkeiten in den nicht oder nur gering regulierten Bereich, insbesondere in Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds, Hedgefonds und andere „Schattenbanken“ auslagern. Wir brauchen eine Art Finanz-Interpol, eine internationale Behörde, die die Macht und die Möglichkeit hat, Hinweisen auf gezielte Geschäftsverlagerungen in unregulierte Bereiche auch nachzugehen. Zudem muss die Allmacht der drei großen Ratingagenturen beschränkt werden. Wir brauchen günstige Rahmenbedingungen, damit kleinere Marktteilnehmer im Rating-Geschäft eine faire Chance erhalten.

Zu einer erfolgreichen Regulierung der Finanzmärkte gehört auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Dies ist nicht

nur ein Gebot der Gerechtigkeit, um alle Akteure auf den Finanzmärkten angemessen an den Kosten der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zu beteiligen. Die Steuer leistet auch einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte, indem kurzfristige Spekulationen, die keinen realwirtschaftlichen Hintergrund haben, ökonomisch weniger attraktiv werden. Dies gilt insbesondere für den sogenannten Hochfrequenzhandel. Dadurch, dass Computer in Bruchteilen von Sekunden miteinander Handeln, ohne dass jemand noch einmal darüber nachdenkt, ob das Geschäft überhaupt sinnvoll ist, werden Kursschwankungen massiv verstärkt und Abstürze beschleunigt.

Um Ausweichmöglichkeiten auszuschließen, muss die Finanztransaktionssteuer auf möglichst viele Geschäfte angewendet und am Besten welt- oder zumindest EU-weit eingeführt werden. Nur falls dies nicht möglich sein sollte, werden wir eine Einführung in der Eurozone als ersten Schritt anstreben. Andernfalls beugt man sich dauerhaft dem Veto einzelner großer Finanzplätze wie London oder New York. Die Auswirkungen der Steuer auf die bayerischen Unternehmen werden wir besonders im Auge haben.

Wir wollen weiterhin ein Bayern der Chancen für alle. Die Reform des Weltfinanzmarkts, Gestaltungskraft durch ein schuldenfreies Bayern und nachhaltige Investitionen in Zukunftsbereiche sind das richtige Rüstzeug für eine erfolgreiche, gute Zukunft. Lassen Sie uns, bayerische Unternehmen und Politik, mit Kraft, Mut und innovativen Ideen gemeinsam daran arbeiten.

DR. MARKUS SÖDER, MdL
Bayerischer Staatsminister der Finanzen

Johann Gg. Zölls

- **Snackautomaten**
- **Fotoautomaten**
- **Getränkeautomaten**
- **Kaffeemaschinen**

Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390

www.zoells.de

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Johann Dettendorfer Spedition Ferntrans GmbH & Co. KG, Nußdorf
- Hagen Ludwig Unternehmensberatung, München
- Peter Rieder Vermögen AG, Waldkraiburg
- FondsConsult Research AG, München
- Joachim Fischer, Neufahrn
- Sabine Kast-Wölfer, Kur und SainenApotheke, Bad Reichenhall
- Dr. Willi Kleine, Burghausen
- Franz Leeb, München
- Michael Mundenbruch, VDI Landesverband, München

Impressum: Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel. 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann **Redaktionsschluss:** 17.02.2012 **Produktion:** WELTBUCH Verlag GmbH, www.weltbuch.com

Editorial



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

die ersten Wochen des neuen Jahres sind ins Land gezogen und haben deutlich gemacht: Die Zeiten bleiben an vielen Fronten herausfordernd. Ende Januar haben sich nicht nur die Euro-Länder, sondern alle EU-Staaten mit Ausnahme Großbritanniens und der Tschechischen Republik auf einen Fiskalpakt geeinigt, der dem finanzpolitischen Schlendrian ein Ende bereiten und auf Dauer zu mehr Stabilität in Europa führen soll. Es wird künftig nicht mehr so leicht möglich sein, über die Stränge zu schlagen, wie dies der „Musterknabe“ Deutschland unter Rot-Grün 2003 mit dem klaren Bruch des Stabilitätspakts von Maastricht getan hat. Das ist alles in allem ein erfreulicher Fortschritt, der vor allem der Bundesregierung gutzuschreiben ist.

Über den Berg ist Europa damit freilich noch nicht. Griechenland bleibt ein Pati-

ent, bei dem sich nicht wenige fragen, ob ihm innerhalb des Euroraums noch zu helfen ist. Alle Krisenstaaten benötigen parallel zu harten Sparprogrammen starke Wachstumsimpulse, die aber nicht auf mehr Konsum, sondern primär auf mehr Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit abzielen müssen. Die ausgeprägten Defizite in den Leistungsbilanzen müssen sinken. Zuletzt sind diese Defizite immer stärker im Zentralbankensystem von der Bundesbank (Target 2 Salden) finanziert worden, wie Ifo-Chef Hans Werner Sinn präzise herausgearbeitet hat. Das ist offenkundig keine Dauerlösung.

An der zweiten schwierigen Front – der Stromversorgung – sind wir trotz des zurückliegenden Kälteeinbruchs glimpflich davon gekommen. Wir hatten Glück: Wind wehte ausreichend, die Sonne schien kräftig. Wir konnten sogar Frankreich an einigen kritischen Tagen mit Stromlieferungen aushelfen. Das darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Stromversorgung unter den gegenwärtigen Bedingungen wackeliger geworden ist, und sie wird mit dem Abschalten weiterer Kernkraftwerke noch wackeliger werden. Wir sollten das Glück nicht überstrapazieren. Man kann es deshalb nicht oft genug betonen: Synchron zum Ausbau der erneuerbaren Energien muss der Ausbau der Speicherkapazitäten und Netze sowie der Bau neuer Gaskraftwerke mit Hochdruck vorangetrieben werden. Es wäre absolut verantwortungslos, die Dinge schleifen zu lassen und mit dem Industriestandort Deutschland bzw. Bayern Vabanque zu spielen.

Ein drittes Thema, das in den letzten Wochen für Schlagzeilen gesorgt hat, ist der Länderfinanzausgleich. Mit Zahlungen in Höhe von rd. 3,7 Mrd. Euro hat sich Bayern

2011 an die Spitze der Geberländer gesetzt, weit vor Hessen, Baden-Württemberg und Hamburg. Alle anderen Länder sind Nehmer. Im Grunde ist dies einer der stärksten Beweise dafür, dass im Freistaat über Jahre und Jahrzehnte hinweg überdurchschnittlich erfolgreich Wirtschafts- und Finanzpolitik betrieben wurde. Aus dem einstigen Nehmerland ist der größte Zahler geworden. Kein anderes Land hat diesen Seitenwechsel geschafft. Das früher wirtschaftlich führende Nordrhein-Westfalen ist in den Club der Transferempfänger abgestiegen. Dafür ist nicht nur Pech verantwortlich.

Dabei markiert der Länderfinanzausgleich nur die Spitze des Eisbergs. Umverteilt zu Lasten der wirtschaftstärkeren Länder wird bereits im Rahmen des Umsatzsteuervorgewausgleichs. Umverteilt wird durch den Bundeshaushalt: Dem überdurchschnittlich hohen Steueraufkommen in den reichen Länder stehen insgesamt kaum entsprechend hohe Bundesausgaben zu ihren Gunsten gegenüber. Bayern dürfte auch hier zu den Nettozahlern gehören. Gewaltig umverteilt wird nicht zuletzt in den Sozialen Sicherungssystemen. Besonders offenkundig ist dies in der Arbeitslosenversicherung: Im weitgehend vollbeschäftigten Bayern werden die Beiträge erwirtschaftet, mit denen die Arbeitslosigkeit in anderen Regionen finanziert wird. Erstaunlicherweise hat bis heute kein Wissenschaftler den Versuch unternommen, den Gesamteffekt der Umverteilung zwischen den Ländern zu berechnen. Ich fürchte, für Bayern träten dabei noch deutlich höhere Geldabflüsse zu Tage, als „nur“ die 3,7 Mrd. Euro im Länderfinanzausgleich. Noch ein Grund mehr, Änderungen anzumahnen.

Herzlichst
Ihr Jürgen Hofmann

WELTBUCH History: Lesen, was Sache ist!



Eine dramatische Geschichte aus der Zeit der politischen Turbulenzen der 60er Jahre zwischen Bratislava, Prag, Moskau, West/Ost-Berlin..., über den Fall der Berliner Mauer bis hin zur Gegenwart. Ein bewegendes Buch des ehemaligen Diplomaten und Bestsellerautors Jozef Banás. 488 Seiten, deutsche Ausgabe, ISBN 978-3-938706-25-1, Preis: € 16,90



Der kommunistische Totalitarismus und seine wissenschaftlichen Helfershelfer versuchten die Veröffentlichung dieser umfangreichen Sammlung zu verhindern. Das Deutsche Reich und die Slowakische Republik: Von München bis Salzburg 1938-1940, Dokumente und Essay von Ladislav Susko. 979 Seiten, deutsche Ausgabe, ISBN 978-3-938706-21-3, Preis: € 89,00

Bequem online bestellen unter: www.weltbuch.com/shop. Wir bieten einfache Bezahlmöglichkeiten und natürlich versandkostenfrei.

 **WELTBUCH**
History

Den Fiskalpakt mit Leben füllen

Bundesbankvorstand Dr. Joachim Nagel über die Finanzmarktkrise, ihre mögliche Entspannung und schwarze Schwäne



v.l.n.r.: Dr. Joachim Nagel, Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler

„Krise kann ein produktiver Zustand sein. Man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“ Mit einem Zitat des Schweizer Schriftstellers Max Frisch beendete Dr. Joachim Nagel seinen Vortrag über die Herausforderungen der Finanzmarktkrise beim Wirtschaftsbeirat. Seinem Auditorium war bis zu diesem Zeitpunkt klar geworden: Der Ausweg aus der Schuldenkrise ist machbar, der Weg in die Katastrophe nicht vorgezeichnet. Das jüngste Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank hatte zuvor erklärt: „Wenn wir 2012 gut überstehen, wird sich die Lage 2013 beruhigen.“ Grund zur Euphorie sei indes nicht gegeben. Noch immer befänden sich die Finanzmärkte im Schock-Zustand.

In der bis auf den letzten Platz gefüllten Palaishalle im Hotel Bayerischer Hof hatte Generalsekretär Dr. Jürgen Hofmann zuvor den neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzmärkte vorgestellt: Dr. Franz-Christoph Zeitler, bis 2011 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank, sei ein „Glücksgriff“. Der Gelobte gab das Kompliment in humorvoller Art und Weise an den Referenten des Abends weiter: Mit ihm habe der Wirtschaftsbeirat „den Nagel auf den Kopf getroffen“.

Der Redner beleuchtete dann aber den Ernst der Lage. Nach der Lehman-Pleite habe die Finanz- und Wirtschaftskrise zu einem kompletten Zusammenbruch des Geldmarktes geführt. Das Unvorstellbare sei eingetreten, erklärte der Redner und verwies in diesem Kontext auf die Metaphorik des Buchautors Nassim Nicholas Taleb: Udenkbar wie ein schwarzer Schwan habe die Finanzkrise die Märkte in ihren Grundfesten erschüttert. Diese Verunsicherung habe angehalten. „Mittlerweile befinden wir uns im sechsten Jahr der Finanzkrise“, erläuterte Nagel. Gleichzeitig bemühte sich der Redner aber auch darum, irrationale Ängste abzubauen: Für das aktuelle Jahr erwarte die Bundesbank lediglich eine Inflationsquote von 1,8 Prozent. Das immense Geldvolumen, das die Europäische Zentralbank derzeit zur Verfügung stelle, werde nicht in der Realwirtschaft ankommen, sondern diene als Liquiditätssicherung. Gegebenenfalls seien die Notenbanken jederzeit in den Lage, die Mittel wieder aus dem System abzuschöpfen.

Unter den Ländern der Eurogruppe bestünden derzeit immense ökonomische Leistungsunterschiede. Deutlich werde dies etwa anhand eines Sicherheitsrankings, welche die Preise für die Kreditausfallversi-

cherungen der jeweiligen Nation erklären. Während Deutschland hinter Norwegen und den USA auf dem dritten Platz rangiere, befinde sich Griechenland auf Platz 51 – einen Rang hinter Portugal und zwei hinter Pakistan. Trotz dieser Divergenzen sprach sich Nagel gegen einen Austritt der Hellenen aus der Währungsunion aus. Der Redner begründete dies zum einen rational: „Lehman ist das stärkste Argument gegen den Griechenland-Austritt.“ Die Folgen einer Pleite seien unkalkulierbar und hochriskant. Darüber hinaus schlug Nagel aber auch emotionale Töne an: „Die Währungsunion hat es verdient, dass man für sie kämpft!“

Wichtig sei es nun, den Fiskalpakt mit Leben zu füllen. 25 der 27 EU-Staaten hatten sich auf dem jüngsten Gipfel in Brüssel für eine striktere Haushaltspolitik ausgesprochen und Schuldenbremsen befürwortet. Diese müssten jetzt in nationales Recht überführt werden, so Nagel. In einer weiterentwickelten Fiskalunion, wie sie von einigen langfristig angestrebt werde, müsse es zudem Durchgriffsrechte auf nationale Haushalte geben. Dies alles vorausgesetzt, könnten ganz am Ende auch Eurobonds stehen, erklärte Nagel. Auch wenn die Staats- und Regierungschefs in letzter Zeit einiges erreicht hätten, machte der Redner deutlich: „Der Fiskalpakt reicht noch nicht aus, es muss nachgelegt werden.“ Darüber hinaus betonte der Referent: „Die Krise kann nicht von den Notenbanken gelöst werden, sondern nur von den Staaten.“ Die EZB könne nicht unlimitiert Staatspapiere der Krisenländer kaufen. Stattdessen müssten die Anreize zu solider Haushaltspolitik gestärkt werden. Die Position der Bundesbank: Hilfsprogramme könnten nur dazu dienen, Zeit für die unabdingbaren wirtschaftlichen Anpassungsprozesse in den betroffenen Ländern zu gewinnen. Sie sollten mit strikten Konditionalitäten verbunden sein.

LUTZ KORNDÖRFER

Anzeigen im
KOMPASS
bringen
Kontakte!

1/1
19 x 27,4 cm
1.320,- €

1/2
19 x 13,5 cm
850,- €

1/3
6 x 27,4 cm
19 x 8,8 cm
620,- €

1/4
6 x 20 cm
19 x 6,4 cm
340,- €

1/8
6 x 9,8 cm
9,2 x 6,4 cm
290,- €

Anzeigen einfach
und formlos per
E-Mail oder Fax
buchen: verlag@weltbuch.com
[0351-4794245](tel:0351-4794245)

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



▲ **Bezirk Landshut:** Im Hotel Schönbrunn trafen sich am 19. Januar die Mitglieder des Bezirks Landshut, um mit dem Vorstandsvorsitzenden und Verbandspräsidenten des Genossenschaftsverband Bayern, Prof. Dr. Stephan Götzl, über die Eurokrise und Basel III zu diskutieren. *V.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Prof. Dr. Stephan Götzl, Prof. Dr. Thomas Küffner*



▲ **Bezirk Inn/Salzach:** Am 23. Januar trafen sich die Mitglieder des Bezirks Inn/Salzach, um sich über die zukünftigen Aktionschwerpunkte und Vortragsthemen 2012 abzustimmen. Wirtschaftspublizist Michael Hörl ging der Frage nach, wie es zur US- und Eurokrise kam. *V.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Michael Hörl, Dr. Willi Kleine* (Quelle: *Alt-Neuöttinger Anzeiger/Lang*)



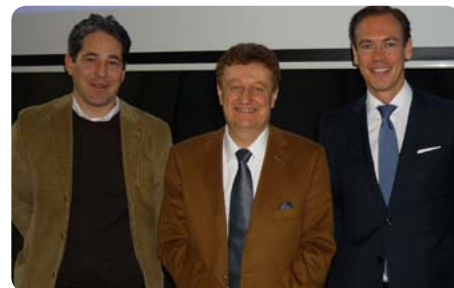
▲ **Bezirk Passau:** Helmut Brunner, Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, folgte einer Einladung des Bezirks Passau in die Heilig-Geist-Stiftskirche und referierte am 26. Januar zum Thema „Entwicklung im ländlichen Raum am Beispiel Bayerischer Wald“. *V.l.n.r.: Rudi Fellner, Helmut Brunner*



▲ **Ausschuss Agrarpolitik:** Zu Gast im Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik am 2. Februar: Philipp Freiherr von und zu Guttenberg, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände, der vor großem Publikum über „Wald und Holz im 21. Jahrhundert“ sprach. Ausschussvorsitzender Klaus Josef Lutz hatte in die Baywa-Zentrale eingeladen. *V.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Philipp Freiherr von und zu Guttenberg, Klaus Josef Lutz* (Quelle: *Foto Gottwald*)



▲ **Junge Unternehmer:** Die Jungen Unternehmer trafen sich am Wochenende 3./4. Februar in Aldersbach, um nach einem anschaulichen Vortrag des Hauptgeschäftsführers des Bayerischen Brauerbunds e.V., Dr. Lothar Ebbertz, nicht nur über den Biermarkt in Deutschland zu diskutieren, sondern auch das Aldersbacher Bier zu genießen. Am nächsten Tag fand unter der Leitung von Baron Aretin eine Führung durch Kirche, Kloster und Brauerei statt.



▲ **Junge Unternehmer:** Etwa 30 Mitglieder der Jungen Unternehmer verbrachten am 6. Februar ihre Mittagszeit im Zentrum Neue Technologien des Deutschen Museums. Generaldirektor Prof. Dr. Wolfgang Heckl ging in seinem Vortrag auf die Chancen und Herausforderungen der Energiewende für die bayerischen Unternehmen ein. *V.l.n.r.: Maximilian Faltlhauser, Prof. Dr. Wolfgang Heckl, Dr. Mark Tenbücken*



▲ **Bezirk Kempten:** Die Energiewende und die deutsche Energiepolitik nach Fukushima beschäftigte den Bezirk Kempten am 6. Februar. Der ehemalige Vorstand der Ruhrgas AG und Thüga AG und Vorsitzende des Ausschusses für Energiepolitik im Wirtschaftsbeirat, Armin Geiß, verdeutlichte in seinem Vortrag die Zusammenhänge und die Herausforderungen des Themas. *V.l.n.r.: Hannes Feneberg, Armin Geiß*



◀ **Bezirk Mittelfranken:** Großveranstaltung des Bezirks Mittelfranken gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler in Bayern am 7. Februar in Nürnberg bei der DATEV. Professor Dr. Paul Kirchhof, Bundesverfassungsrichter a.D. und Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht stellte unter dem Titel „Die Vereinfachung des deutschen Steuerrechts – Ein verfassungsrechtliches und politisches Gebot“ sein revolutionäres Steuerkonzept vor. Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern (l.), Eckhard Schwarzer, Vorstand Datev (4.v.l.), Prof. Dr. Paul Kirchhof (5.v.l.), Dr. Christian Bühler (r.)



◀ **Bezirk München:** Unter der Leitung des Vorsitzenden Hans Hammer: „Sprechstunde der Münchner Wirtschaft“ am 13. Februar in der Tradition des „Jetzt red i!“ mit großem Politikeraufgebot. *V.l.n.r. Staatsminister a.D. Dr. Otmar Bernhard, MdL; Markus Blume, MdL; Staatsminister a.D. Dr. Peter Gauweiler, MdB; Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle, MdL; Josef Schmid, CSU-Fraktionsvorsitzender im Münchner Stadtrat.*

Terminvorschau

1. März, Ansbach

Bezirk Ansbach/Westmittelfranken:

Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, „Wirtschaftsbeirat Bayern – Anwalt einer zukunftssichernden Wirtschaftspolitik“

2.-4. März, Maierl Alm

Junge Unternehmer: Skiwochenende, Kaminabend mit Politikern der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und jungen Vertretern der Münchner Kommunalpolitik

6. März, München

Ausschuss für Tourismus: Julia Maria Junger, Referat Tourismus, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie; Kathrin Wickenhäuser, Geschäftsführende Gesellschafterin Cristal Hotel Betriebsgesellschaft mbH, „Zertifizierungen im Tourismus für nachhaltige Betriebsführung – am Beispiel der Verleihung des Umweltsiegels in Gold an das Hotel Cristal“

8. März, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Markus Ferber, MdEP, Vorsitzender der CSU-Europagruppe im Europäischen Parlament, „Chancen der bayerischen Wirtschaft im Europäischen Binnenmarkt bewahren!“

8. März (verschoben auf 12. April)

Bezirk Lindau

12. März, München

Ausschuss für Medienpolitik: Siegfried Schneider, Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), „Neue Herausforderungen für die Medienpolitik und den Medienstandort Bayern“

14. März, München

Junge Unternehmer: „Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Bayerischen Landtag“

14. März, München

Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Johannes Singhammer, MdB, Stellvertretender CDU/CSU Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag; Dr. Jochen Pimpertz, Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Leiter Kompetenzfeld öffentliche Haushalte und Soziale Sicherung, „Reform der Pflegeversicherung“

14. März, Selb (Termin entfällt)

Bezirk Hochfranken

28. März, München

Ausschuss für Medienpolitik: Staatsminister Thomas Kreuzer, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, „Medienstandort Bayern“

5. April, Unterföhring

Junge Unternehmer: Besuch der Sky Deutschland AG

12. April

Bezirk Lindau: Prof. Dr. h.c. Stephan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident Genossenschaftsverband Bayern

16. April, Neunburg

Bezirk Regensburg: Thomas Barth, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG; Wolfgang Tauber, Leiter der Netzfürung der E.ON Bayern AG, Netzzusammenbruch – Eine reale Gefahr bei der Energiewende?“

17. April, Marienberg

Bezirk Inn/Salzach, Burghausen: Besichtigung der Wallfahrtskirche St. Maria Himmelfahrt

18. April, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Thomas Klühr, Mitglied des Lufthansa Passagevorstandes München & Direct Services, „Warum wir die 3. Start- und Landebahn am Flughafen München brauchen“

25. April, München

Bezirk München – Arbeitskreis Unternehmerzukunft

26. April, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Stefan Bruckner, Geschäftsführer marcon.marketing consulting und ehem. Marketingdirektor der Olympia Bewerbungsgesellschaft München 2018, „Standortmarketing für Bayern – müssen wir uns im globalen Wettbewerb stärker profilieren?“

29. April, Bamberg

Bezirk Bamberg: Hartmut Koschyk, MdB, Parlamentarischer Staatssekretärin im Bundesministerium für Finanzen

8. Mai, München

Junge Unternehmer: „Informationsbesuch zur aktuellen Entwicklung am Flughafen München“

8./9. Mai, Brüssel

Forum Brüssel: Delegationsreise, Gespräch mit Vertretern des EU-Parlaments, der Kommission und des Rats

9. Mai, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann, Sprecher des Vorstands der Pricewaterhouse Coopers AG

11. Mai, Chiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land und Bezirk Rosenheim: Frauenwörther Gespräche mit Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung (CAP), „Europas strategische Perspektiven – Probleme und Herausforderungen“

22. Mai, Kempten

Bezirk Kempten/Allgäu gemeinsam mit FH Kempten und Lions-Club: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, „Kurs halten in herausfordernder Zeit“

22.-23. Mai, Berlin

Junge Unternehmer: „Mit Politikern im Dialog – Werkstattbesuch im Bundestag“

14.-15. Juni, Dresden

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Unternehmertage

28. Juni, Passau

Bezirke Berchtesgadener Land/Traunstein, Inn/Salzach und Passau: Sommerempfang der ostbayerischen Bezirke

3. Juli, München

Ausschuss für Verkehrspolitik: Dr. Georg Pachta-Reyhofen, Vorstand MAN SE

12. Juli, München

Ausschuss für Medienpolitik: Dr. Dieter Kempf, Vorsitzender des Vorstands von DATEV

13. Juli, Allgäu

Ausschuss Tourismus: „Fachkräftemangel“

15. November, München

Generalversammlung



Expense Reduction Analysts



Expense Reduction Analysts ist spezialisiert auf die Senkung von Beschaffungskosten. In Deutschland betreuen wir mit knapp 100 Experten mehr als 500 mittelständische Unternehmen, Einrichtungen der öffentlichen Hand und gemeinnützige Organisationen. Durchschnittlich erzielen wir Einsparungen von knapp 20 Prozent.

Expense Reduction Analysts Bayern
Paul Aschenbrenner | Senior Partner
Färbergraben 4 | D-80331 München
Tel: 089 – 238 887 730
paschenbrenner@expensereduction.com
www.expensereduction.com

find extra profit